



**BZI** Bundeszuwanderungs-  
und Integrationsrat

Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat • Brunnenstr. 181 • 10119 Berlin

### Bundesgeschäftsstelle

Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat  
Brunnenstr. 181  
10119 Berlin

+49 (0)30 450 89 119  
www.bzi-bundesintegrationsrat.de  
office@bzi-bundesintegrationsrat.de

## PRESSEBERICHT

Vom 12. Juli 2021

### Fachtag 2021 des BZI, am 10.07.2021 in Bremen: „Wir brauchen einen Paradigmenwechsel“

*Der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) forderte beim Fachtag 2021 in Bremen **einen Paradigmenwechsel in der Einwanderungsgesellschaft. Strukturen für Vielfalt müssen geöffnet und gefestigte Ausgrenzungsmechanismen aufgebrochen werden.***

Am Samstag, den 10. Juli 2021, fand der diesjährige Fachtag des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrats (BZI) in Kooperation mit seinem Mitglied Bremer Rat für Integration (BRI) im Sendesaal von Radio Bremen statt. Der Titel des diesjährigen Fachtags war passend zum Superwahljahr 2021 „*Politische Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft – über den Wahlzettel hinaus*“.

In der Eröffnung mahnte **Memet Kilic**, Vorsitzender des BZI, an: „Wir Eingewanderte werden mehr, aber nicht sichtbarer. Wir möchten teilhaben, mitgestalten, unsere Meinung ausdrücken. Deshalb reden wir heute über politische Teilhabe in aller Form, auch über unsere Forderung für kommunales Wahlrecht.“ Die stellvertretende Vorsitzende des BZI, **Libuše Černá** wies darauf hin, dass sich die Gesellschaft dynamisch entwickle, „die Institutionen aber starr bleiben“. Bislang engagieren sich Eingewanderte daher häufiger im Ehrenamt, wo jedoch das Veränderungspotenzial begrenzt sei. „Wir brauchen eine relevante Vertretung von Migrant:innen in den Parteien und in der Verwaltung“, konstatierte Černá.

Außerdem richteten **Annette Widmann-Mauz MdB** (CDU), Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und **Dr. Markus Kerber**, Staatssekretär beim Bundesministerium des Inneren, Bau und Heimat digitale Grußworte aus und lobten den BZI und seine Arbeit als bedeutsamen gesellschaftspolitischen Akteur.

Die Geschäftsführerin des BZI und Moderatorin der anschließenden Paneldiskussion, **Dr. Deniz Nergiz**, verwies darauf, dass der Zugang zur Politik elitär sei und sich die Vielfalt der Gesellschaft dort nicht widerspiegele: „Wo sind die Frauen, Menschen mit Behinderungen, junge Menschen unter 35 und die Arbeiter:innen? Auch Menschen mit Migrationsbezügen sind im Bundestag, in Landtagen, auf kommunaler Ebene und als Oberbürgermeister:innen unterrepräsentiert.“ Auf dem Podium und mit dem Publikum diskutierten zur Vielfalt in der Politik aus der Bremischen Bürgerschaft **Elombo Bolayela** (SPD) und **Sofia Leonidakis** (Die Linke), außerdem Libuše Černá sowie **Filiz Polat MdB** (Bündnis 90/Die Grünen) und **Hosam el Miniawy** (FDP, Landesvorsitzender Liberale Vielfalt Bremen und Niedersachsen), die sich alle in der Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels einig waren. Dazu gehöre u.a. ein Bundespartizipationsgesetz, Stärkung der kommunalen Migrant:innenvertretungen sowie eine zeitgemäße Neuausrichtung der Verwaltung.

Im zweiten Panel standen die Probleme der Gleichberechtigung, Gleichstellung und Gleichbehandlung für Frauen, insbesondere Frauen mit Migrations-/Fluchtbiografien, im Vordergrund. Denn Frauen mit Flucht-/Migrationsgeschichte bekämen Ungleichheiten massiver zu spüren, weil sich strukturelle Benachteiligungen mit zum Teil mehrfacher Diskriminierung vermengen. Moderiert durch **Victoria Atanasov** (BZI Mitarbeiterin) diskutierten **Anna Stahl-Czechowska** (Berliner Landesbeirat für Integration- und Migrationsfragen, ehem. stellv. Vorsitzende des BZI) und **Rita Wiese-Kochankaite** (stellv. Vorsitzende des BZI und Sprecherin der MigraNet-Mecklenburg Vorpommern) über Maßnahmen, die eine inklusivere Teilhabekultur von und für Frauen mit Migrationsgeschichte ermöglichen. Anna Stahl-Czechowska plädierte für mehr Frauen mit Migrationshintergrund in der Politik. Sie verwies auf ihre besonderen Kompetenzen, „[Es] ist unklug von uns, diese Expertise nicht zu nutzen.“ Wiese-Kochankaite sagte, eine aktive politische Beteiligung brauche „Raum, Zeit und Dialog, um zu verstehen, wie die wehrhafte Demokratie funktioniert und was politische Teilhabe bewirken kann“.

Nach dem BZI-Fachtag 2021 fand die Abschlussveranstaltung des BZI-Projekts „Vielfältig, demokratisch, kommunal“ unter dem Titel „(Kein) Hass in der Politik – Gemeinsam für eine starke Demokratie“ statt. Eröffnet wurde sie durch eine digitale Ansprache von **Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung**, der sich für die Umsetzung des Projekts bedankte, welches mit nachhaltiger Wirkung Integrationsbeiräte als kommunalpolitische Stimmen gestärkt habe. Für seine ermutigenden Worte – „Bleiben Sie uns als politische Bildnerinnen und Bildner auch gewogen. Wir wollen sie weiterhin unterstützen. In diesem Sinne: Kopf hoch und nicht die Hände“ – erhielt Krüger zustimmenden Applaus. **Memet Kilic**, Vorsitzender des BZI, betonte in seiner Rede, der BZI werde mit seiner Arbeit weiterhin für Stimmenvielfalt und entschlossen gegen Rassismus stehen. „Solange nicht jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aufhört, werden wir, Menschen mit Vielfaltsmerkmalen, keine Ruhe haben und keine Ruhe geben“, so Kilic.

Neben einem Projektrückblick sprachen im Panel Jurist **Tareq Alaows**, der kürzlich aufgrund rassistischer Anfeindungen seine Kandidatur für den Bundestag zurückgezogen hat, die Politikwissenschaftlerin **Stefanie John**, **Orkan Özdemir**, Kandidat für Abgeordnetenhaus Berlin und **José Paca**, Vorsitzender des Ausländerbeirats Erfurt, über Hass und Bedrohung in der politischen Praxis sowie Lösungswege. Um Hass und Rassismus entgegenzuwirken, wurden auf dem Podium und im Publikum, eine diversitätsorientierte Umstrukturierung in staatlichen Institutionen und Behörden sowie wirksame gesetzliche Rahmenbedingungen auf Ebene des Bundes und der Länder gefordert, die die Betroffenen schützen und beraten.